

Bundesministerium der Justiz

Referat Bürgerliches Recht / Verfahrensrecht
Mohrenstraße 37 · 10117 Berlin

Juni 2026

Fragen zu Schutzlücken und Stellungnahme zum Verfahrensschutz im Strafverfahren (StPO)

Vernehmung, Glaubwürdigkeit und verfahrensbezogene Vorkehrungen (Art. 13 UN-BRK) für neurodivergente und nicht sichtbar behinderte Beteiligte

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zugrunde gelegte Definitionen

Nicht sichtbare Behinderungen sind Behinderungen, deren Beeinträchtigung und Teilhabewirkung im Alltag nicht unmittelbar erkennbar sind — bei Menschen mit psychischen, neurologischen, chronischen oder immunologischen Erkrankungen, neurodivergenten Profilen sowie Sinnes- und kognitiven Beeinträchtigungen. Kriterium ist die funktionelle Belastungsreaktion, nicht die Diagnose.

Invisible Barrieren sind chemische, soziale, sensorische oder kommunikative, nicht offenkundige Umweltbedingungen, die kumulativ eine disproportionale Belastungsreaktion auslösen.

wir vertreten Menschen mit nicht sichtbaren Behinderungen.

Im Strafverfahren können atypische Kommunikation, Autismus, Trauma, Dissoziation, Mutismus, Brainfog, FASD, ADHS oder sensorische Überforderung dazu führen, dass Menschen als unglaublich, widersprüchlich, emotionslos oder taktisch wahrgenommen werden, obwohl ihr Verhalten behinderungs- oder belastungsbedingt ist. Die StPO enthält bereits Schutzinstrumente (u.a. §§ 58a, 68b, 247a, 406g, 140) — sie erfassen neurodivergente, psychische, kognitive, sensorische und fluktuierende Behinderungen aber nicht systematisch als eigene verfahrensbezogene Schutzbedarfe. Die Schutzinstrumente unterscheiden sich je nach Verfahrensrolle (Beschuldigte, Zeug:innen, Verletzte). Aus unserer Prüfung ergeben sich sieben Schutzrisiken.

Maßstab ist Art. 13 UN-BRK: wirksamer Zugang zur Justiz einschließlich verfahrensbezogener Vorkehrungen in allen Verfahrensstadien — auch im Ermittlungs- und Vorverfahren, nicht nur bauliche Barrierefreiheit. Die Problemlage, die Präventionskaskade mit Suizid als möglichem Endpunkt und die vollständige LIORA-Architektur wurden dem Bundesministerium sowie allen ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern und Fraktionsreferenten des Gesundheitsausschusses am 9. April 2026 übermittelt und müssen dem Ressort bekannt sein.

Im Zentrum stehen die folgenden Fragen; Hintergrund und Formulierungsvorschläge folgen im Anschluss.

Unsere Fragen an das Bundesministerium

1. Welche verfahrensbezogenen Vorkehrungen nach Art. 13 UN-BRK bestehen in Ermittlungsverfahren, Vernehmung (§§ 136, 163a, 58a StPO) und Hauptverhandlung für neurodivergente und nicht sichtbar behinderte Beteiligte?
2. Wie wird sichergestellt, dass audiovisuelle Vernehmung (§ 58a StPO) bei diesen Beteiligten genutzt wird, um Wiederholungsvernehmungen und Fehlinterpretationen zu vermeiden?
3. Wie wird geprüft, ob Beschuldigte mit Autismus, FASD, Brainfog, Trauma oder kognitiver Einschränkung Belehrung, Aussagefreiheit und Verteidigungsrechte tatsächlich verstehen, und wird eingeschränkte Verteidigungsfähigkeit als Anlass für notwendige Verteidigung (§ 140 StPO) geprüft?

4. Wie wird sichergestellt, dass nicht sichtbare Behinderungen als besonderer Schutzbedarf beim Zugang zu Zeugenbeistand (§ 68b StPO) und psychosozialer Prozessbegleitung (§ 406g StPO) berücksichtigt werden?
5. Welche Standards verhindern, dass neurodivergente, trauma- oder belastungsbedingte Präsentation in der Beweiswürdigung als Unglaubwürdigkeit fehlgedeutet wird (forensische Aussagepsychologie)?
6. Gibt es verbindliche Leitlinien für konkrete, nicht-suggestive, reiz- und stressarme Befragung (Pausen, schriftliche Sicherung, Kommunikationsassistenz) und verpflichtende Schulungen für Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht und Sachverständige?
7. Werden Verfahrensabbrüche, Aussageverweigerungen, Widerrufe, Falschgeständnisse oder Beschwerden im Zusammenhang mit Behinderung erfasst (Art. 31 UN-BRK)?
8. Wie wird die vom Deutschen Institut für Menschenrechte angemahnte verbindliche Schulung von Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht und Sachverständigen zu den Bedarfen von Menschen mit Behinderungen (Art. 13 UN-BRK) in allen Verfahrensstadien sichergestellt?
9. Wird der Anspruch auf Dolmetschung in Deutscher Gebärdensprache (§ 187 GVG) sowie auf Belehrung und Verständigung in Leichter Sprache für gehörlose und kognitiv beeinträchtigte Beteiligte in Vernehmung und Hauptverhandlung praktisch gesichert?
10. Sofern eine behinderungsspezifische Prüfung nach § 44 GGO stattgefunden hat, bitten wir um Mitteilung der tragenden Erwägungen und Normverweise. Sofern sie nicht erfolgt ist, bitten wir um Nachholung vor der abschließenden Beratung.

Sofern die aufgeführten Schutzrisiken im Entwurf adressiert sind, bitten wir um Verweis auf die entsprechenden Normen. Die Problemlage und die beschriebenen Schutzrisiken — einschließlich der vollständigen LIORA-Architektur — wurden am 9. April 2026 übermittelt. Wir bitten ausdrücklich, diese Hinweise im weiteren Verfahren nachvollziehbar zu prüfen und zu dokumentieren.

Hintergrund und Formulierungsvorschläge

■ S = Systemisch ■ E = Erheblich ■ St = Strukturell — P = Psychisch · N = Neurologisch · C = Chronisch/Schmerz/Kognitiv · S = Sinnesbeeinträchtigungen

A — Vernehmung und Setting (alle Rollen)

■ **A1 §§ 136, 163a, 58a, 247a StPO; Art. 13 UN-BRK [N·P·C·S]** Vernehmungen sind nicht reizarm und kommunikationsangepasst gestaltet. Reizüberflutung, Zeitdruck, Wiederholungs- und Suggestivfragen, Konfrontation und Autoritätsstress führen zu fehlerhaften Aussagen. Audiovisuelle Vernehmung (§ 58a, § 247a StPO) wird bei neurodivergenten, traumatisierten oder nicht sichtbar behinderten Beteiligten nicht systematisch genutzt, um Wiederholungsvernehmungen und Fehlinterpretationen einzelner Protokollsätze zu vermeiden. [1]

■ **A2 Glaubwürdigkeitsbeurteilung / Aussagepsychologie [N·P]** Atypisches nonverbales Verhalten (fehlender Blickkontakt, flacher Affekt, verzögerte Antwort, Detailfixierung, Lachen unter Stress, Dissoziation, Inkonsistenz unter Belastung) kann als Unglaubwürdigkeit fehlgedeutet werden, wenn keine Standards zu neurodivergenter und traumabedingter Präsentation bestehen. Angepasste Befragung verbessert die Aussagequalität nachweislich. [1]

B — Beschuldigte mit nicht sichtbarer Behinderung

■ **B1 §§ 136, 114b, 140 StPO [N·P·C]** Beschuldigte mit Autismus, FASD, ADHS, Brainfog, Trauma oder kognitiver Einschränkung verstehen Belehrung, Aussagefreiheit und Verteidigungsrechte häufig nicht zuverlässig; erhöhte Suggestibilität und Compliance mit Autorität erhöhen das Risiko falscher Geständnisse. Ob eingeschränkte Kommunikations-/Verteidigungsfähigkeit notwendige Verteidigung (§ 140 StPO) auslöst, wird nicht systematisch geprüft. [2]

C — Zeug:innen und Verletzte

■ **C1 § 68b StPO (Zeugenbeistand); § 168e StPO [N·P·C·S]** Vernehmungsschutz, Zeugenbeistand und schonende/getrennte Vernehmung werden bei nicht sichtbaren Behinderungen nicht zuverlässig ausgelöst; Schutz vor Retraumatisierung und vor Fehldeutung atypischen Aussageverhaltens fehlt.

■ **C2 § 406g StPO / PsychPbG (psychosoziale Prozessbegleitung) [P·N·C·S]** Es ist nicht gesichert, dass nicht sichtbare Behinderungen als besonderer Unterstützungsbedarf beim Zugang zu psychosozialer Prozessbegleitung anerkannt werden.

D — Governance, Schulung, Daten

■ **D1 Art. 4 Abs. 3, 5, 9, 21 UN-BRK; Art. 6 EMRK [alle]** Verbindliche, nicht-suggestive, reiz- und stressarme Vernehmungsleitlinien, Schulungen (Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht, Sachverständige, Verteidigung, Nebenklagevertretung) und disaggregierte Daten (Verfahrensabbrüche, Widerrufe, Falschgeständnisse, Beschwerden im Zusammenhang mit Behinderung) fehlen. Das berührt das faire Verfahren (Art. 6 EMRK).

Formulierungsvorschläge — zur Übernahme oder Anpassung

Vorschläge zur Übernahme oder Anpassung; Schwellenwerte bleiben politisch zu bestimmen.

- **Verfahrensbezogene Vorkehrungen:** Verfahrensbezogene Vorkehrungen nach Art. 13 UN-BRK sind in Ermittlungsverfahren, Vernehmung und Hauptverhandlung ausdrücklich auch für psychische, neurologische, kognitive, sensorische und fluktuierende Beeinträchtigungen zu konkretisieren (reizarmes Setting, Pausen, einzelne konkrete Fragen, schriftliche Sicherung, Kommunikationsassistenten, Begleitperson, Nachreichung).
- **Audiovisuelle Vernehmung:** Bei entsprechendem Bedarf ist die audiovisuelle Vernehmung (§ 58a StPO) vorrangig zu nutzen, um Wiederholungsvernehmungen und Fehldeutungen zu vermeiden.
- **Beschuldigtenschutz:** Eingeschränkte Verständnis- und Verteidigungsfähigkeit aufgrund nicht sichtbarer Behinderung ist als Anlass für notwendige Verteidigung (§ 140 StPO) und für verständliche Belehrung zu prüfen.
- **Glaubwürdigkeitsstandards:** Bei der Beweiswürdigung und in Gutachten ist neurodivergente und traumabedingte Präsentation zu berücksichtigen; entsprechende Schulungen sind verpflichtend.

Anschluss an die Fachverbände

Das Deutsche Institut für Menschenrechte weist darauf hin, dass Personen im Justizwesen und in Polizeibehörden oft nicht zu den Bedarfen von Menschen mit Behinderungen geschult sind, und dass Art. 13 UN-BRK verfahrensbezogene Vorkehrungen in allen Verfahrensstadien — auch im Ermittlungs- und Vorverfahren — verlangt.

Das bestätigt D1: Ohne verbindliche Schulungen und Vernehmungs-/Glaubwürdigkeitsstandards bleibt der Zugang zur Justiz für neurodivergente und nicht sichtbar behinderte Beteiligte zufällig — mit dem Risiko von Fehltritten und Falschgeständnissen.

Zur strukturellen Ursache

Ein Verfahren, das atypische Kommunikation als Lüge liest, produziert Fehltritte. Zugang zur Justiz ist kein Verfahrensluxus, sondern Voraussetzung von Gerechtigkeit und eines fairen Verfahrens (Art. 6 EMRK) — und für nicht sichtbare Behinderungen bislang nicht systematisch gesichert.

Wer Barrieren früh anerkennt, verhindert chronisches Leid und gesellschaftliche Folgekosten. Wer sie ignoriert, produziert sie. Die Lösungen existieren. Die Evidenz existiert. Die völkerrechtliche Verpflichtung existiert.

Wir bitten um Berücksichtigung und um ein Hintergrundgespräch.

Studien und Quellen

Vollständige Angaben mit DOI, Studiendesign und Qualitätsbewertung; gekennzeichnet nach direktem Evidenzbeleg vs. plausibler Übertragung auf den Gesetzeskontext.

[1] Maras, K.L. & Bowler, D.M. (2014). Eyewitness testimony in autism spectrum disorder: a review. Journal of Autism and Developmental Disorders, 44(11), 2682–2697. DOI: 10.1007/s10803-014-2118-6

Design: Review | Qualität: Hoch. Direkte Evidenz: autistische Zeug:innen werden in Standard-Vernehmungen benachteiligt; angepasste Befragung verbessert Aussagequalität. Übertragung: Vernehmungs-/Glaubwürdigkeitsstandards.

[2] Gudjonsson, G.H. (2003). The Psychology of Interrogations and Confessions: A Handbook. Chichester: Wiley.
Design: Standardwerk/Forschungssynthese | Qualität: Sehr hoch (forensische Aussagepsychologie). Direkte Evidenz: erhöhte Suggestibilität und Compliance bei vulnerablen Beschuldigten erhöhen das Risiko falscher Geständnisse. Übertragung: Beschuldigtenschutz (Autismus, FASD, kognitive Beeinträchtigung).

[3] UN-Fachausschuss (2023). Abschließende Bemerkungen zu Deutschland, CRPD/C/DEU/CO/2-3.
Design: Offizielles Prüfergebnis UN-Vertragsorgan | Qualität: Sehr hoch — völkerrechtlich verbindlich. Ziffer 8b (medizinisches Modell), 12c (fehlende disaggregierte Daten). Direktes Korrekturmandat.

[4] Hull, L. et al. (2017). Social Camouflaging in Adults with Autism Spectrum Conditions. JADD, 47(8), 2519–2534. DOI: 10.1007/s10803-017-3166-5

Design: Qualitative Thematische Analyse, n=92; UCL & Autism Research Centre Cambridge | Qualität: Hoch — über 2.000 Zitationen. Direkte Evidenz: Masking führt zu Erschöpfung, Burnout. Übertragung: Suizidrisiko nur indirekt.

[5] Hirvikoski, T. et al. (2016). Premature mortality in autism spectrum disorder. The British Journal of Psychiatry, 208(3), 232–238. DOI: 10.1192/bjp.bp.114.160192

Design: Populationsbasierte Kohortenstudie, n=27.122 autistische Personen vs. 2.672.185 Kontrollen; Karolinska Institutet | Qualität: Sehr hoch. Direkte Evidenz: Suizid-OR 7,55 für ASD insgesamt; OR 9,40 für ASD ohne Intelligenzminderung, OR 2,41 mit Intelligenzminderung. Übertragung: Risikohintergrund, kein direkter Normierungsbeweis.

Hinweis: Zahlen aus epidemiologischen Studien belegen Risikohintergrund; die Übertragung auf die konkrete Normlücke ist jeweils gekennzeichnet und als strukturelles, nicht kausales Einzelargument zu lesen.

Mit freundlichen Grüßen

Rebecca Lefèvre

Leitung, Initiative Stille Stunde / gemeinsam zusammen e.V.
Sprecherin AG Neurodivergenz und neurologische Vielfalt, NaSPro
post@stille-stunde.com · www.stille-stunde.com

Fachpapiere LIORA (Vertiefung, keine externe Evidenz): KONVERA-Modell v14, FEMORA v12, PRAEVIO v3, MEDIRA, INVERSIO
https://www.stille-stunde.com/wp-content/uploads/2026/04/LIORA_Uebersicht.pdf
— gemeinsam zusammen e.V., März 2026. www.stille-stunde.com